

Geld oder Leben:

Biodiversität: Für die einen Überlebensgrundlage, für die anderen eine kommerzialisierbare Ressource

Parallel zu der WTO-Verhandlung Anfang September in Cancun fand eine Sitzung des *Global Biodiversity Forums* (GBF) mit dem Titel "Biologische Vielfalt, Handel und Nachhaltige Entwicklung" statt. Das GBF sollte als Plattform für Diskussionen über den "nachhaltigen Umgang" mit biologischer Vielfalt dienen und wollte Empfehlungen für die UmweltministerInnen der WTO-Tagung entwickeln. Indigene, auf deren Territorien sich der größte Reichtum an Biodiversität befindet und die im besonderen Maße zum Schutz und Erhalt dieser beitragen, waren allerdings kaum vertreten.

Stark vertreten waren hingegen WissenschaftlerInnen aus Universitäten und Industrie. Diese hatten sich in der Vergangenheit wenig um indigene Rechte in Bezug auf ihre Territorien und die Biodiversität gekümmert, wie sie z.B. in der UN-Konvention zur Biologischen Vielfalt (CBD) oder dem Artikel 169 der ILO (International Labor Organization der UNO) festgehalten sind. Jetzt zeigten sie sich reuemütig und wollten eine neue Ethik für die Biodiversitätsforschung und der damit zusammenhängenden Rechte für die (fast) nicht anwesenden Indigenen entwickeln. Ein "großzügiger" Vorschlag sah 0,6 Prozent Gewinnbeteiligung an Produkten, die aus Heilpflanzen und traditionellem Heilwissen entwickelt werden, für die indigenen Völker vor.

Die Regierungsvertreter der Mega-Biodiversitätsländer, wie z.B. Mexiko, waren daran interessiert, Empfehlungen zu verabschieden, die die Kommerzialisierung ihres genetischen Reichtums ermöglichen. Die Frage war nicht, *ob* es sinnvoll ist, Patente auf Leben, auf genetische Ressourcen, zu vergeben, sondern *wie* dies zu tun sei. Die technokratische Ebene der Diskussionen um das Verhältnis zwischen Biodiversität und Rechte der Indigenen diente vor allem der Legitimation von Patenten auf genetische Ressourcen und damit der Legitimation von Biopiraterie. Die politische Dimension des Themas und die Interessen der indigenen Völker wurden dadurch ausgeblendet. Der Schutz und Erhalt von biologischer Vielfalt wurde nicht thematisiert.

Ana Valadez, Vertreterin einer mexikanischen indigenen Organisation, sprach in ihrem Beitrag die grundlegend andere Sicht-, Denk- und Lebensweise der Indigenen über Biodiversität an, die bei den Vorträgen der WissenschaftlerInnen und der RegierungsvertreterInnen keine Erwähnung gefunden hatten. Grundvoraussetzung für Bioprospektionsprojekte ist für sie nicht die formale Einverständniserklärung der indigenen Völker, sondern der Respekt vor der Natur und den Rechten der Menschen: "Wir indigene Völker müssen euch sagen, dass die biologische Vielfalt keine Ware oder Dienstleistung der Umwelt ist, sondern unser Zuhause und ein Erbe unter dem Schutz des Kollektivs. Nur wenn wir uns darin einig sind können wir dieses Erbe mit dem Rest der Menschheit

teilen. Der Preis, den Umweltminister und ihre Handelsagenten für die Biodiversität und für das darauf bezogene Wissen festsetzen, ist ungültig, da wir nicht über das Gleiche sprechen. Der Respekt ist das Mindeste was wir fordern, um einen Dialog aufzunehmen, vorher geht nichts! Nicht die (indigenen) Völker sind in Eile, in Eile sind der globale Handel und seine Repräsentanten." Ihre Rede, vorgetragen im Namen aller indigenen und marginalisierten Menschen, die von der Biodiversität leben und sich um ihren Erhalt kümmern, beendete sie u.a. mit folgenden Forderungen: Keine Patente auf irgendwelche Lebensformen und ein Moratorium für alle Bioprospektionsprojekte. Sie betonte, dass die Indigenen keine Almosen dafür haben wollen, dass einige wenige, die über die entsprechende Technik verfügen, die Natur privatisieren und sich ansonsten nicht um den Schutz und Erhalt von Biodiversität kümmern.

Kaperbrief-Artikel, 11.03, S.2